

Syrien und Libanon

Die Entwicklungspolitik Deutschlands und der EU am Beispiel dieser Länder

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung

Vortrag: Karin Leukefeld, freie Journalistin, Bonn

Einführung: Klaus von Raussendorff, Bonner Friedensbündnis

Montag, 19. März 2007, 19.30 Uhr

LuxX, Heerstr. 1 / Ecke Kölnstraße, 53111 Bonn

„Die Sicherheit Europas und der Wohlstand seiner Bürger lassen sich nicht von den Entwicklungen in der nah- und mittelöstlichen Region trennen. Zu dem seit Jahrzehnten andauernden Nahostkonflikt sind in jüngerer Zeit neue Gefahren hinzugetreten, die uns alle bedrohen, zum Beispiel der islamistische Terrorismus und das Nuklearprogramm Irans. Eine Lösung im Nahostkonflikt muss vor allem vom Willen der Staaten in der Region ausgehen. Der Konflikt kann nur auf dem Verhandlungswege gelöst werden. Partner von außen können dabei helfen.“

(Deutsche Politik im Nahen Osten,
Webseite Auswärtiges Amt Berlin)

Karin Leukefeld, freie Journalistin für Tages- und Wochenzeitungen und den ARD-Hörfunk, hat kürzlich Syrien und Libanon besucht und berichtet von ihren Eindrücken.

Wie ist das deutsche Verhältnis zu Syrien und Libanon?

Wie ist der Blick Syriens und Libanons auf Deutschland?

Welche Rolle spielen diese Länder im Nahostkonflikt?

Wie möchte Deutschland „von außen helfen“?

Diesen Fragen soll auf der Veranstaltung nachgegangen werden, insbesondere auch vor dem Hintergrund der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und des G8-Vorsitzes.

G8-Gipfel: Die acht mächtigsten Industriestaaten treffen sich in Deutschland

Vom 6. bis 8. Juni 2007 findet in Heiligendamm an der Ostsee der diesjährige G8-Gipfel mit den Staats- und Regierungschefs der acht mächtigsten Industrienationen statt. Verschanzt hinter einer Mauer und dem größten Polizeiaufgebot, das Mecklenburg Vorpommern je erlebte, werden Strategiegespräche geführt, die das Schicksal der Welt bestimmen. Unsere Veranstaltung am 19. März steht im Zusammenhang mit den Bonner Aktivitäten gegen diesen G8-Gipfel.

Wir wehren uns gegen die G8-Politik der Kriege und der Menschenrechtsverletzungen, der Umweltzerstörung und des Sozialabbaus.